

02	Top News	09	Personalnachrichten
03	Studium Aktuell	11	Kontakte und Kooperationen
04	Hochschulspiegel	12	Aus den Abteilungen
06	Forschung	12	Umweltschutz und Nachhaltigkeit
08	Veranstaltungen Vorschau	13	Weltoffene Hochschulen
		14	Veröffentlichungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

rund zwei Monate nach dem Start des Studienbetriebs fand am 11. November 2022 die offizielle Eröffnungsfeier unseres Hochschulneubaus in Duisburg statt. Es ist enorm, wie sich die HSPV NRW in den vergangenen Jahren weiterentwickelt hat – dies wird insbesondere im Rahmen einer solchen Einweihungsfeier und anhand unserer verschiedenen Standorte deutlich.

Im Jahr 2019 haben wir eine neue Liegenschaftsstrategie für unsere Hochschule entwickelt. Einen ersten wichtigen Meilenstein dieser Strategie stellt der Duisburger Neubau dar. Unser Ziel war es, der Hochschule eine prägnante und funktionale Gestalt zu geben. Es sollte ein hochmoderner Campus, ein kreativer Ort mit Möglichkeiten zur Kommunikation, geschaffen werden. Studierende, Lehrende und Mitarbeitende sollten sich gleichermaßen wohlfühlen und gerne in die Hochschule kommen: zum Lernen, zum Lehren und zum Arbeiten.

Ich denke, es ist uns gelungen, die vielfältigen Anforderungen zu erfüllen. Mit diesem neuen Domizil und einer zugleich

ansprechenden, aber auch funktionalen Architektur, rückt die HSPV NRW zudem näher an das Stadtzentrum und weiter hinein in das Bewusstsein der Duisburger Öffentlichkeit.

Die Planung beziehungsweise der Bau eines solchen Standortes ist ein komplexes Unterfangen, bei dem unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen. Das Gebäude ist daher ein Gemeinschaftswerk. Dass wir als Hochschule solch ein Projekt verwirklichen können, macht mich stolz und ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen Beteiligten für ihr Engagement danken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre des Newsletters!

Ihr

Martin Bornträger
Präsident der HSPV NRW

Top News

Eröffnungsfeier in Duisburg

Neuer HSPV-Studienort eingeweiht

Im Quartier 1 der Duisburger Freiheit lernen seit dem Studienjahr 2022/2023 rund 2.500 Studierende der HSPV NRW in einem neuen, modernen Hochschulgebäude an der Wuhanstraße 10. Die offizielle Einweihung des Neubaus fand am 11. November 2022 im Beisein von NRW-Innenminister Herbert Reul, Duisburgs Bürgermeisterin Edeltraud Klabuhn, Hochschulpräsident Martin Bornträger sowie 200 geladenen Gästen statt.

„Die jungen Menschen, die an der HSPV NRW studieren, lernen unser Gemeinwesen effektiv zu verwalten und wirkungsvoll zu verteidigen. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass unsere Demokratie und unsere Grundwerte, wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Bestand haben und geschützt werden. Für ihr Studium müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Der neue Studienort Duisburg Mitte bietet dafür sehr gute Voraussetzungen“, erklärte NRW-Innenminister Herbert Reul.

„Das Studium an der HSPV NRW bietet künftigen Fach- und Führungskräften der Polizei und der öffentlichen Verwaltung langfristige Karriereperspektiven im öffentlichen Dienst. Die Zahl unserer Studierenden – und somit auch der Platzbedarf – ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Unser Ziel war es, ein neues modernes Hochschulgebäude zu errichten, das optimale Lehr- und Lernbedingungen bietet“, erklärte HSPV-Präsident Martin Bornträger.

Der Neubau der HSPV NRW in unmittelbarer Nähe zum Duisburger Hauptbahnhof verfügt über eine Bruttogeschossfläche von rund 32.700 Quadratmetern, einschließlich rund 400 Tiefgaragen-Stellplätzen, 61 Kursräumen, 13 TSK-Räumen für das Training Sozialer Kompetenzen, 17 Gruppenarbeitsräumen, einer Bibliothek, einem multifunktional nutzbaren Raum und einer Mensa. Die Laufzeit des Mietvertrags beträgt 20 Jahre. Die Assmann Gruppe begleitete die HSPV NRW von der Vorbereitung des Verfahrens bis zur Übergabe des Gebäudes und ist auch weiterhin ein wichtiger Partner für das gesamte Projekt.

Der Hochschulneubau erfüllt einen hohen Nachhaltigkeitsstandard mit einer sogenannten DGNB-Gold-Zertifizierung. Er verfügt über eine moderne technische Ausstattung mit einer effizienten Lüftungsanlage, hochwertiger Medientechnik und einer Photovoltaikanlage. Bauherr der Immobilie ist die Aurelis 17. Objektgesellschaft GmbH und Co. KG.

Schon bei der Mietvertragsunterzeichnung für den Duisburger Hochschulneubau im August 2019 hatte die HSPV NRW



V.l.n.r.: Björn Zimmer und Lydia Jordan (Aurelis Real Estate) übergeben symbolisch den Schlüssel an Präsident Martin Bornträger, NRW-Innenminister Herbert Reul und Abteilungsleiter Ralf Holzberg (© PR-Fotografie Köhring)



Die Eröffnung fand im Beisein von rund 200 geladenen Gästen statt (© PR-Fotografie Köhring)

einen möglichen Bedarf an weiteren Flächen angemeldet. In einem sechsgeschossigen Erweiterungsbau, der momentan nebenan entsteht, wird sie daher rund 3.750 der bestehenden 7.000 Quadratmeter Mietfläche übernehmen und zusätzlichen Platz für rund 650 weitere Studierende zur Verfügung haben. Die Übergabe für den zweiten Neubau soll zum Studienjahr 2023/2024 im September nächsten Jahres erfolgen.

Pressestelle
Zentralverwaltung

Studium Aktuell

Weiterentwicklung des Polizeistudiums

NRW-Innenminister Herbert Reul diskutiert mit Angehörigen des Fachbereichs Polizei über das Positionspapier „Zukunftsfähiges Studium für die Polizei NRW“



V.l.n.r.: Fachbereichssprecher Stefan Kahl, NRW-Innenminister Herbert Reul und HSPV-Präsident Martin Bornträger (© PR-Fotografie Köhring)



Im Rahmen der Veranstaltung fand ein reger Austausch über die Zukunft des Polizeistudiums statt (© PR-Fotografie Köhring)

Polizist oder Polizistin zu werden, ist für viele junge Menschen ein Traumberuf. Um diesen Traum zu erreichen, müssen sie ein anspruchsvolles, duales Studium absolvieren, das aus Theorie-, Trainings- und Praxismodulen besteht. Absolviert wird das Studium abwechselnd an der HSPV NRW (Theorie), beim LAFP NRW (Training) und in den Polizeibehörden (Praxis). Um das Studium zukunftsfähig zu gestalten, haben die Mitglieder des Fachbereichsrats Polizei der HSPV NRW ein Positionspapier mit Leitlinien für die künftige Studiengangsentwicklung erarbeitet. Diese Vorschläge wurden am 8. November 2022 bei der Veranstaltung „Fachbereich im Gespräch Spezial“ mit NRW-Innenminister Herbert Reul, Vertreterinnen und Vertretern der drei Ausbildungsträger sowie Studierenden intensiv diskutiert.

Das Positionspapier sieht Entwicklungspotenziale in fünf verschiedenen Themenfeldern vor, die im Rahmen der Veranstaltung von Mitgliedern des Fachbereichsrates Polizei vorgestellt wurden. Neben der Spezialisierung im Studiengang mithilfe einer Schwerpunktsetzung in den Bereichen Einsatz und Ermittlung, neuen didaktischen Konzepten für die Lehre (beispielsweise durch stärkeren Einsatz digitaler sowie erfahrungsbasierter Lehrformate), der Optimierung der Verzahnung der drei Bildungsträger sowie der Überprüfung der Modulstrukturen und Prüfungen, ging es auch um Unterstützungsangebote für Studierende, etwa durch die Einführung von wissenschaftlichen Hilfskräften.

„Ich bin begeistert und finde die angestoßene Diskussion sehr gut, denn alle vorgestellten Punkte sind wichtig und richtig. Einerseits müssen wir die Zahl der Absolventinnen und Absolventen erhöhen. Andererseits darf das nicht zu Lasten der Qualität von Ausbildung und Studium gehen. Daher müssen wir uns bewegen und am besten direkt damit starten, die Optimierungsvorschläge umzusetzen. Auch wenn wir aufgrund der derzeit angespannten Lage vielleicht erst einmal nur in kleineren Schritten voran kommen“, erklärte NRW-Innenminister Herbert Reul im Rahmen des HSPV-Besuchs.

Auch Stefan Kahl, Sprecher des Fachbereichs Polizei, äußerte sich nach dem Termin zufrieden: *„Ich freue mich, dass wir mit unserer Veranstaltung die breit angelegte Diskussion zur Weiterentwicklung des Studiengangs bereichern konnten. Dass der Innenminister unsere Aktivitäten so positiv bewertet, ist ein wichtiges Signal. So können wir unserem Ziel, den Studiengang zukunftsfähig zu gestalten, wieder ein Stück näherkommen.“*

Pressestelle

Zentralverwaltung

Hochschulspiegel

Personalentwicklung für Verwaltungsbeschäftigte im europäischen Vergleich

Der Europarat führt derzeit gemeinsam mit der Europäischen Union ein Programm durch, mit dem das Personalmanagement (insbesondere die Personalentwicklung) im öffentlichen Sektor der Republik Serbien an die Standards des Europarats herangeführt werden soll



Die Expertinnen und Experten nach Abschluss ihrer Beratungen (© Katarina Karan)

Vom 18. bis 20. Oktober 2022 fand in Belgrad eine Konferenz statt, in deren Rahmen Expertinnen und Experten aus Österreich, Spanien, England, Litauen und Nordrhein-Westfalen (als Vertreter der HSPV NRW: Prof. Dr. Andreas Gourmelon) das serbische System der Personalentwicklung analysierten und Hinweise zur Optimierung gaben. Es fanden intensive Gespräche mit den Programmmitarbeiterinnen und -mitarbeitern des Europarats, dem zuständigen Ministerium, der serbischen Akademie für öffentliche Verwaltung, dem kommunalen Dachverband und Angehörigen mehrerer Stadtverwaltungen statt.

Im Ergebnis wurde von den Expertinnen und Experten festgehalten, dass das serbische Personalentwicklungssystem auf einer umfassend ausgearbeiteten gesetzlichen Grundlage beruht und Institutionen gegründet wurden, die fähig sind,

effektive Personalentwicklung zu betreiben. Eine weitere Flexibilisierung des Systems könnte zu einer höheren Wirksamkeit beitragen.

Herausfordernd ist für viele europäische Staaten der Einsatz von neuen digitalen Techniken in der Personalentwicklung und die Entwicklung von Evaluationsinstrumenten. Angeregt wurde die Durchführung von Kooperationsprojekten in diesen Themenbereichen; insbesondere die HSPV NRW könnte durch Aktivitäten des Instituts für Personal und Management (IPM) und der entsprechenden Dezernate wertvolle Beiträge liefern und von internationalen Erfahrungen profitieren.

Prof. Dr. Andreas Gourmelon
Abteilung Gelsenkirchen

Vernehmung – Befragung – Interview

Sechs Lehrende der HSPV NRW nahmen am 29. und 30. September 2022 an der 17. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik (DGfK e.V.) teil, die unter dem Titel „Vernehmung, Befragung, Interview“ in Berlin stattfand

Hochkarätige Referentinnen und Referenten – darunter Prof. Dr. Christoph Buchert von der HSPV NRW – stellten den aktuellen internationalen Forschungs- und Praxisstand in unterschiedlichen kriminalistischen Themenbereichen vor. Moderiert wurde die Tagung von KHK Thorsten Floren, HSPV NRW, und Jun.-Prof. Dr. Lennart May, Medical School Berlin, der die Vorträge als Tagungspräsident und Organisator zusammen mit dem neugewählten Präsidenten der DGfK e.V., Prof. Thomas Gundlach von der Akademie der Polizei Hamburg, mit einer Keynote einleitete.

Nach einer interdisziplinären Einführung durch den DGfK-Präsidenten ermöglichten die vielfältigen Forschungsergebnisse und die anschaulich geschilderten Erfahrungen einer Vorsitzenden Richter am Landgericht a.D., eines Strafverteidigers, eines Staatsanwalts und Richters in Wirtschaftsstrafsachen, eines internen Unternehmensermittlers, eines Kriminalisten einer Mordkommission, einer Aussagepsychologin und eines Aussagepsychologen, einer Betreuerin eines Betroffenen eines Justizirrtums, von international tätigen „Investigative Interviewern“ der norwegischen Polizei, eines Menschenrechtsbeauftragten sowie eines Vertreters einer Menschenrechtskommission bei den Vereinten Nationen einen regen Austausch der insgesamt über 100 Teilnehmenden untereinander im Hinblick auf die Komplexität von Vernehmungen, Befragungen und Interviews im kriminalistischen Kontext. Zudem wurden besonders gelungene Bachelor- und Masterarbeiten auf dem Gebiet der Kriminalistik mit Preisen der DGfK e.V. prämiert.

Die vielseitige und inspirierende Tagung hatte bereits unmittelbare Folgen: Zukünftig sollen die Landesfachkonferenzen Psychologie der HSPV NRW mit einer einschlägigen Fortbil-



Lehrende der HSPV NRW mit Vertretern der DGfK e.V. (v.r.n.l.): Prof. Thomas Gundlach (Präsident der DGfK e.V.), Prof. Dr. Heidi Mescher, Prof. Dr. Michael Reutemann, Prof. Dr. Judith Heße-Husain, Prof. Dr. Christoph Buchert, KHK Thorsten Floren (Schatzmeister der DGfK e.V., Tagungsmoderator) und Prof. Dr. Stefan Hollenberg (© Prof. Dr. Stefan Hollenberg, HSPV NRW)

ungsveranstaltung verbunden werden, die sowohl hauptamtlich Lehrenden als auch Lehrbeauftragten offensteht. Die Interdisziplinarität der Lehrveranstaltungen zum Thema „Polizeiliche Vernehmung“ im Hauptstudium soll nach Möglichkeit ausgebaut werden. Außerdem sollen erkenntnisreiche psychologisch-kriminalistische Bachelorarbeiten der HSPV NRW für eine DGfK-Prämierung vorgeschlagen werden, um die Forschungsergebnisse einem größeren Publikum zugänglich zu machen.

Prof. Dr. Stefan Hollenberg
Abteilung Köln

Weltgedenktag für die Opfer des Straßenverkehrs

Der Welttag des Gedenkens an die Opfer von Verkehrsunfällen und ihren Angehörigen wird jedes Jahr am dritten Sonntag im November begangen

Der Gedenktag wurde vor 30 Jahren von RoadPeace und der Europäischen Föderation der Straßenverkehrstopfer (FEVR) ins Leben gerufen und 2005 offiziell von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet.

Die WHO und die Vereinten Nationen rufen alle Akteure im Bereich der Straßenverkehrssicherheit dazu auf, den Weltgedenktag zu begehen, um der Menschen zu gedenken, die auf den Straßen der Welt ums Leben gekommen sind. Ziel ist, sich für eine bessere Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen einzusetzen und Maßnahmen zur Rettung von Menschenleben zu fördern.

Seitdem begehen Opfer- und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, wie der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) oder die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V. (VOD), nationale und lokale Regierungen sowie die internationale Verkehrssicherheitsgemeinschaft diesen Tag weltweit.

Der Weltgedenktag bietet eine globale Plattform, sich der Getöteten und Schwerverletzten zu erinnern. Die Aufmerksamkeit soll auf die Notwendigkeit einer angemesseneren und gerechteren Reaktion auf Verkehrsunfälle und ihre Familien nach einem Unfall gelenkt werden. Das Bestreben ist, künftig zielgerichtet und beschleunigt Maßnahmen für die Verkehrssicherheit zu initiieren, um Leben und Gesundheit zu retten.

In Deutschland ist die Zahl der Unfälle mit Personenschaden 2021 innerorts im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % auf etwa 177.000 Unfälle zurückgegangen, auf Landstraßen dagegen kaum. Zwar ereignen sich „nur“ ein Viertel der Verkehrsunfälle mit Personenschaden auf Landstraßen, die Folgen dieser Unfälle sind jedoch oft schwerwiegend. Dies ist zum einen auf die Fahrgeschwindigkeiten zurückzuführen, zum anderen auf die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur (beispielweise ungeschützte Hindernisse neben der Fahrbahn). Fast 1.500 Menschen kamen bei Verkehrsunfällen außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen) ums Leben. Grund genug zu beleuchten, was die Verkehrstechnik an Lösungen zu bieten hat, um Tote und Verletzte zu vermeiden. Der DVR wird sich deshalb 2023 mit dem Schwerpunktthema „Verkehrssicherheit auf Landstraßen“ in besonderem Maße befassen.



Landstraßen: schön, aber gefährlich (© DVR)

Das Thema wurde bereits in Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen aufgegriffen. In Printmedien, mit einem Blog und auf Social Media macht der DVR auf die Gefahren auf Landstraßen aufmerksam, ruft zu einer angepassten Fahrweise auf, setzt sich für verbesserte Fahrzeugtechnik und für eine gute Straßeninfrastruktur ein.

Die HSPV NRW unterstützt in ihrem Rahmen aktiv das Schwerpunktthema. Einen neuen Beitrag, veröffentlicht aktuell zum Weltgedenktag für die Opfer des Straßenverkehrs, mit dem Ziel, deren Rechte zu stärken, finden Sie [hier](#).

Peter Schlanstein
Abteilung Münster

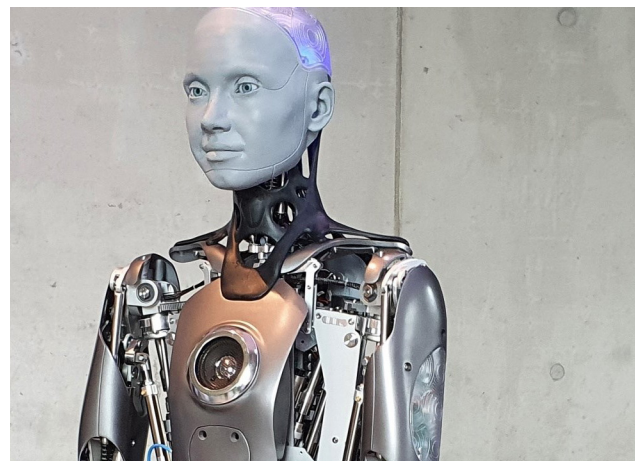
Forschung

Forschungsvorhaben gefördert

HSPV NRW wirkt bei der Entwicklung von Robotern mit

Der Zuwendungsbescheid kam am 29. September 2022: Mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie wird das Forschungsvorhaben „Bürgernahe und nutzendengerechte soziale Roboter in der Stadtverwaltung der Metropole Ruhr“ (RuhrBots) gefördert.

Im Verbund mit den Hochschulen Ruhr West und Niederrhein, der Evangelischen Hochschule Nürnberg sowie zwei Unternehmen, sollen Roboter entwickelt werden, die in Stadtbibliotheken und Museen die Beschäftigten bei der Arbeit unterstützen. Die HSPV NRW wird sich in diesem Forschungsverbund vorrangig mit der Integration sozialer Roboter in die Verwaltungsorganisation befassen. Gefördert wird die Forschungstätigkeit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Höhe von 285.000 Euro.



Die HSPV NRW wird die Integration von sozialen Robotern in die Verwaltungsorganisation erforschen (© Prof. Dr. Andreas Gourmelon, HSPV NRW)

Berit Schlierkamp und Andrea Bauer aus dem Forschungsdezernat, unter der Leitung von Dr. Dirk Weimar, haben die erfolgreiche Akquise der Forschungsmittel durch ihre tatkräftige und professionelle Unterstützung ermöglicht.

Prof. Dr. Andreas Gourmelon
Abteilung Gelsenkirchen

Treff- und rechtssichere Gestaltung von Auswahlverfahren

Neue Entwicklungen und Ansätze im Bereich der Eignungsdiagnostik und der Rechtsprechung

Der Leistungsgrundsatz ist verfassungsrechtlich in Art. 33 Abs. 2 GG verankert. Er gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG (BVerfG 14.6.1960 – 2 BvL 7/60 –, E 11, 203 = ZBR 1960, 258 = RiA 1960, 254; BVerfG 16.12.2015 – 2 BvR 1958/13 –, E 141, 56 = ZTR 2016, 170 = ZBR 2016, 128). Damit legt die Vorschrift im Einklang mit Art. 33 GG auch die Kriterien fest, nach denen im Rahmen einer Bestenauslese die/der Leistungsbeste zu finden ist. Denn nach Art. 33 Abs. 2 GG hat jede/r Deutsche nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gleichen Zugang zu allen öffentlichen Ämtern. Somit ist auch der Zugang zu den verschiedenen Beamtenlaufbahnen verfassungsrechtlich garantiert. Durch die ausschließliche Berücksichtigung leistungsbezogener Auswahlkriterien und den damit einhergehenden Ausschluss sachfremder Erwägungen ist gewährleistet, dass die Bewerberin/der Bewerber persönlich und fachlich für die Erfüllung der Dienstaufgaben geeignet und befähigt ist.

Maßstab für den Leistungsvergleich zwischen verschiedenen verbeamteten Bewerberinnen und Bewerbern sind vor allem die jeweiligen aktuellen dienstlichen Beurteilungen (BVerfG 9.8.2016 – 2 BvR 1287/16 –, IÖD 2016, 230 = NVwZ 2017, 46; BVerfG 17.2.2017 – 2 BvR 1558/16 –, IÖD 2017, 86). Die dominante Rolle von dienstlichen Beurteilungen bei Stellenbesetzungsverfahren ist jedoch umstritten. Aus eignungsdiagnostischer Perspektive liegen Evidenzen vor, dass dienstliche Beurteilungsergebnisse durch eine Reihe von Faktoren kontaminiert sind, die keinen Bezug zur Eignung oder fachlichen Leistung der Beurteilten haben. Darüber hinaus weist eine aktuelle Studie darauf hin, dass dienstlichen Beurteilungsergebnissen keine prognostische Validität zugesprochen werden kann (Gourmelon, Hoffmann & Lindberg, im Druck). Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Juli 2021 (2 C 2.21-, Schütz Beamtr ES/D I 2 Nr. 173), wonach der 2. Senat unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung ausdrücklich festgestellt hat, dass eine dienstliche Beurteilung mit einem Gesamturteil abschließen müsse, in das sämtliche vom Dienstherrn bewertete Einzelmerkmale der drei Kriterien des Art. 33 Abs. 2 GG einfließen; hierzu zähle auch das Merkmal der Befähigung. Insoweit müssten auch andere eignungsdiagnostische Verfahren diesen Vorgaben genügen.

Ein Forschungsprojekt, welches mit Mitteln des Instituts für Personal und Management (IPM) gefördert wird, beschäftigte sich mit neuen Entwicklungen und Ansätzen im Bereich der Eignungsdiagnostik und der Rechtsprechung im Hinblick auf die treff- und rechtssichere Gestaltung von Auswahlverfahren. Ziel des Forschungsprojekts war es, dass die Praktikerinnen und Praktiker in den Landesbehörden und Kommunalverwaltungen über Leitlinien, Ausführungen und Erläuterungen verfügen, die es ihnen erleichtern, Auswahlverfahren treffsicher, ordnungsgemäß, rechtssicher und effizient zu gestalten.

Die Ergebnisse des Projekts wurden in einem Fachwerk mit der Zielgruppe Praktikerinnen und Praktiker im Bereich Personalmanagement des öffentlichen Sektors veröffentlicht:

Gourmelon, Andreas & Hoffmann, Boris (2022): *Stellenbesetzungs- und Auswahlverfahren treff- und rechtssicher gestalten – rechtliche, psychologische und ökonomische Aspekte*. Heidelberg: Rehm.

Durch die Analyse wurde offensichtlich, dass die neueste Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie neue eignungsdiagnostische Erkenntnisse und Standards beachtet werden müssen, wenn Auswahlverfahren rechtssicher und valide durchgeführt werden sollen. Den Praktikerinnen und Praktikern im öffentlichen Sektor sind die Analyseerkenntnisse in passender Form darzustellen.

Prof. Dr. Andreas Gourmelon
Abteilung Gelsenkirchen

Prof. Dr. Boris Hoffmann
Abteilung Köln

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2022 bis 2024 stehen Ihnen im Bereich „Weiterbildung Intern“ auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

Dezember 2022

01./02.12.2022	TSK 3, Fachbereich AV/R	BEW Essen
05./06.12.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Rhetorik und Präsentation	BEW Duisburg
06./07.12.2022	Einsatzlehre – up to date	BEW Duisburg
08.12.2022	Blitzlicht	online
13./14.12.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 3 (Rollentraining)	Lichthof, Gelsenkirchen
19./20.12.2022	Herbsttagung Kriminalistik	BEW Duisburg

Januar 2023

16.01.2023	Unconscious Bias in der Lehre	online
24./25.01.2023	Stärken, anfeuern, begleiten: Text-Feedback aus systemischer Perspektive	online

Februar 2023

15.02.2023	didaktik on, Grundkurs (Modul 1/4)	online
------------	------------------------------------	--------

März 2023

15.03.2023	didaktik on, Grundkurs (Modul 2/4)	online
20./21.03.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 2 (Deeskalierende Kommunikation und Konfliktmanagement)	Lichthof, Gelsenkirchen
23./24.03.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 3 (Rollentraining)	BEW Duisburg
27./28.03.2023	TSK 1	Die Wolfsburg, Mülheim a.d. Ruhr
30./31.03.2023	Weltoffene Lehre	BEW Essen

April 2023

18.04.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Stressbewältigung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
20.04.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Austausch und Reflexion	HSPV NRW, Zentralverwaltung
20./21.04.2023	Praxiswerkstatt	Lichthof, Gelsenkirchen
24./25.04.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Rhetorik und Präsentation	Lichthof, Gelsenkirchen
25.04.2023	Stimm- und Sprechtraining	HSPV NRW, Zentralverwaltung
26.04.2023	didaktik on, Grundkurs (Modul 3/4)	online

Mai 2023

08./09.05.2023	TSK 2	Lichthof, Gelsenkirchen
11./12.05.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Moderation und Analyse von Gruppenprozessen	Die Wolfsburg, Mülheim a.d. Ruhr
31.05.2023	didaktik on, Grundkurs (Modul 4/4)	online

August 2023		
22.08.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Stressbewältigung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
29./30.08.2023	HD Crashkurs	Lichthof, Gelsenkirchen
September 2023		
11./12.09.2023	TSK 1	Lichthof, Gelsenkirchen
Oktober 2023		
18./19.10.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Moderation und Analyse von Gruppenprozessen	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
20.10.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Austausch und Reflexion	HSPV NRW, Zentralverwaltung
26./27.10.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 3 (Rollentraining)	Lichthof, Gelsenkirchen
November 2023		
06./07.11.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 2 (Deeskalierende Kommunikation und Konfliktmanagement)	Lichthof, Gelsenkirchen
13./14.11.2023	TSK-Trainerqualifizierung: Rhetorik und Präsentation	Lichthof, Gelsenkirchen

Kontakt

Sabrina Käseler, Tel.: 0209 1659 - 1230; Laura Kucharzewski, Tel.: 0209 1659 - 1290
weiterbildung-intern@hspv.nrw.de

Anmeldung zum Veranstaltungsticker

Der hochschuldidaktische Veranstaltungsticker richtet sich an alle Lehrenden der HSPV NRW, die über freie (Rest-)Plätze in den Fortbildungsveranstaltungen der internen Weiterbildung per E-Mail auf dem Laufenden gehalten werden möchten.

Melden Sie sich jetzt an!

Personalnachrichten

Aus der Lehre

Einstellungen/Beförderungen

Seit dem 1. Oktober 2022 sind folgende hauptamtlich Lehrende an der HSPV NRW tätig:

Abteilung Bielefeld

- Thomas Koch, Dozent für Kommunales Finanzmanagement, Externes Rechnungswesen sowie Kosten- und Leistungsrechnung

Abteilung Duisburg

- Christian Möhlheinrich, Dozent für Kommunales Finanzmanagement, Externes Rechnungswesen und Wirtschaftlichkeitsrechnung



Gruppenfotos anlässlich der Ernennungstermine am 28. September 2022 und am 2. November 2022 (© HSPV NRW / © PR-Fotografie Köhring)

Abteilung Gelsenkirchen

- Dr. Christian Reiß, Professor für Psychologie und Training Sozialer Kompetenzen

Folgende hauptamtlich Lehrende wurden zum 1. Oktober 2022 befördert:

Studienort Dortmund

- Christina Reetz, Dozentin für Staats- und Europarecht

Abteilung Duisburg

- Christian Frank Gerards, Dozent für Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht

Folgende hauptamtlich Lehrende wurden zum 2. November 2022 befördert:

Abteilung Bielefeld

- Nikolaus-Felix Jonk, Dozent für Einsatzlehre und Führungslehre
- Alexander Steinhäuser, Dozent für Psychologie, Interkulturelle Kompetenz und Personalmanagement

Abteilung Duisburg

- Marcel Dworak, Dozent für Kriminologie und Kriminalistik
- Ralf Meyer, Dozent für Externes Rechnungswesen und Kommunales Finanzmanagement
- Leonie Probst, Dozentin für Verkehrsrecht und Verkehrslehre
- Marion Sautter, Dozentin für Eingriffsrecht und Einsatzlehre
- Patrick Wiedemann, Dozent für Staatliches Finanzmanagement, Externes Rechnungswesen und Öffentliche Betriebswirtschaftslehre

Abteilung Gelsenkirchen

- Sebastian Kleint, Dozent für Psychologie und Berufsrollenreflexion

Abteilung Köln

- Bastian Schmidt, Dozent für Kriminologie und Führungslehre

Kontakte und Kooperationen

International Summer School 2022

Combating Climate Change in Europe

July saw an International Summer School being hosted by the University of Applied Sciences for Police and Public Administration in North Rhine-Westphalia at the Cologne Campus. 24 students from several locations of the HSPV NRW as well as from our partner universities Tor Vergata, Rome, Italy and Istanbul Medeniyet, Turkey, participated at this first ever such event organized by Dr. Thomas Weiler. The project was focused on international, especially Europe-wide

Participants met from July 12th - 22nd at the HSPV NRW main building at Erna-Scheffler-Str. 4 in Cologne, the whole program took place in English. There was an introductory workshop by Allerwelthaus Cologne on the Sustainable Development Goals (SDGs) as well as a guided walk through the city center in Cologne. The group also had a complimentary lunch at Deutz/Trade Fair. Highlight of the program was a day-trip to the UN city of Bonn where participants were welcomed by the Federal City of Bonn in the Old City Hall and received a briefing on efforts to achieve the SDGs there. The group then went to UN-Headquarters in Bonn and learned about the history of the UN in Bonn as well as having the chance for a briefing by the UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) Secretariat. This was followed by a QA session with UN Climate Change, students had the opportunity to spend the evening together in Bonn.

Presentations introduced the participants to the topic and then focused on the role of the United Nations (UN) and European Union (EU) in achieving the SDGs with a focus on combating climate change. Participants covered the following topics: The United Nations SDGs, with focus on #7, #11 and #13; UN institutions and organizations, e.g. UNEP and the UNFCCC secretariat; treaties and protocols leading up to the Glasgow Conference (COP 26); The role of the EU in combating Climate Change – competences and strategies; The EU 's 2030 Climate and Energy Framework and the "European Green Deal"; The EU vis-à-vis other world regions, e.g. ASEAN nations and the PR China; Renewable Energies in Germany and in Turkey; Germany and Nuclear Power; Reducing Energy Consumption in Germany; "Green Traffic" in Italy; Sustainable Building in Germany, Italy and Turkey; "Reduce, Reuse, Recycle!" – in Germany, Italy and Turkey; Smart Cities and Climate Action – focus on Italy; Combating Climate Change on the municipal level – measures taken by the Rhineland Regional Association LVR and Climate Action in Bonn, Germany.



Group photo (© T. Weiler/D. Böhme)



Sustainable Development Goals (© United Nations)

The final day was spent with a simulation of the Council of the EU on new rules for combating Climate Change, with students representing various EU-member states. For HSPV-students the summer school counts as a (preponed) Seminar (Module 9.1), meaning they have to give a presentation and also write a paper. Due to the successful first attempt the Commission on Europe and International Affairs unanimously recommended to hold another International Summer School next year.

Dr. Thomas Weiler
HSPV NRW, Cologne Campus

Aus den Abteilungen

K

Challenge Coin

Den erfolgreichen Studienabschluss vor Augen

Eine Wander- oder Herausforderungsmünze (Challenge Coin) ist ein aufwändig gestaltetes münzförmiges Objekt, das die Insignien oder das Emblem einer Organisation trägt. In den Sicherheitsbehörden der USA und ihnen nahestehenden Privatunternehmen werden bereits seit geraumer Zeit solche Challenge Coins überreicht, um besondere Leistungen zu honorieren. Dies geschieht mitunter für die Teilnahme an einem freiwilligen Taser-Selbstversuch, für den unter anderem der (Erst-)Autor des vorliegenden Beitrags eine solche Münze empfing.

Challenge Coins werden aber auch von Führungskräften ausgegeben, um die Moral und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Empfängerinnen und Empfänger zu stärken. Insbesondere diese Tradition hat inzwischen an Deutschen Polizeihochschulen Einzug gehalten, wie vereinzelt versteigerte (Sammler-) Objekte der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg belegen.

Torsten Huschbeck, Betreuungsdozent am Studienort Köln der HSPV NRW, griff nunmehr diese Idee auf und verteilte einen eigens gestalteten und streng limitierten Challenge Coin an seine Studierenden (K P 22/03): „Der Challenge Coin definiert den erfolgreichen Abschluss des Studiengangs PVD als Ziel und hat damit das Potenzial, einen ganz besonderen Stellen-



Challenge Coin des Kurses K P 22/03 (© HSPV NRW)

wert in der professionellen Karriere des Polizei-Nachwuchses zu erlangen. Ob diese Maßnahme tatsächlich dazu beiträgt, die Motivation im Studium zu erhöhen und das Studium erfolgreich abzuschließen, wollen wir im nächsten Schritt auch noch qualitativ-empirisch erforschen.“

Torsten Huschbeck
Abteilung Köln

Murat Kusuma

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Klimakrise und Demokratie

Plädoyer für eine entschiedene Klimapolitik und eine starke Demokratie

Einleitung: Eine kurze Bestandsaufnahme

Die Klimakrise macht sich immer deutlicher bemerkbar und erfordert ein schnelles und entschiedenes Handeln von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung, um einen Anstieg der durchschnittlichen globalen Temperaturen um mehr als 1,5 Grad (oder gar auf 2 Grad) zu verhindern, wozu sich Deutschland im Pariser Klimaabkommen von 2015 sowie im deutschen Klimaschutzgesetz jeweils rechtsverbindlich verpflichtet hat. Das ist seit Jahren bekannt. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Selbst wenn wir alle bereits geplanten Maßnahmen zum Klimaschutz tatsächlich umsetzen, würden die Temperaturen (nach den vorliegenden Analysen) um mindestens 2,5 Grad steigen – mit katastrophalen Folgen für die Welt.

Es taucht daher die Frage auf, ob unser politisch-administratives System über die geeigneten Instrumente für klimapolitisch erforderliche Maßnahmen verfügt. Eine generelle Tempobegrenzung auf Autobahnen oder Entscheidungen über Standorte für Windkraftanlagen führen schon heute bei einem Teil der Bevölkerung zu erheblichem Widerstand und zu einem vorsichtigen Verhalten der Politik. Sie scheut Konflikte, beispielsweise mit mächtigen Interessengruppen der Wirtschaft, und unterlässt deshalb notwendige Schritte. Häufig versucht sie, soweit es finanziell machbar ist, vor allem mit ökonomischen Anreizen das gewünschte Verhalten zu erzielen und verzichtet auf rechtliche und administrative Regelungen.

Manche halten daher das demokratische System – das bei der Gesetzgebung und Umsetzung seiner Politik sehr auf die mächtigen gesellschaftlichen Gruppen hört – für tendenziell unzureichend beziehungsweise für zu langsam und zu schwerfällig, um die notwendigen Entwicklungen einzuleiten. Viele halten es für möglich, dass vor diesem Hintergrund ein autoritäreres staatliches Regime (das weniger demokratisch sensibel agiert, auf eine starke Kontrolle der Gesellschaft setzt und demokratische Mechanismen schwächt oder tendenziell außer Kraft setzt) entstehen könnte, um den erforderlichen Klimaschutz durchzusetzen. Manche sehen sogar das Risiko einer „Ökodiktatur“ (siehe zu der Debatte: Johannes Varwick: „Auf dem Weg in die ‚Ökodiktatur‘? Klimaproteste als demokratische Herausforderung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Ökologie und Demokratie, Heft 21-22/2022, Mai 2022, S.4 ff.). In der Tat ist es nicht völlig ausgeschlossen, dass das Versagen von Politik und Gesellschaft bei der Verhinderung der Klimakatastrophe das Risiko eines tendenziellen Abgleitens in ein autoritäres System nach sich ziehen könnte.

Autoritäre Politik als Lösung der Klimakrise?

Hier soll nun deutlich gemacht werden, dass die Klimakrise trotz der aktuell zu verzeichnenden Schwierigkeiten im demokratischen System, mit demokratischen Instrumenten und einem demokratischen Interessenausgleich bewältigt werden kann (und muss). Der Weg in eine autoritäre Gesellschaft (oder gar eine Ökodiktatur) bedeutet demgegenüber – abgesehen von den sonstigen verheerenden Folgen für die Gesellschaft – große Risiken dafür, dass der Klimaschutz im gewünschten Ausmaß vorangebracht wird.

Den ausführlichen Beitrag zu diesem Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Dr. Werner Glenewinkel & Prof. Dr. Erhard Treutner

Weltoffene Hochschulen

Der Welt gegenüber offen sein

HSPV NRW europäisch und international

Weltoffenheit ist eine (innere) Haltung, die Fremdverstehen ermöglicht und Frieden fördert. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Weltoffenheit als Wertschätzung von Vielfalt und einer diversen Gesellschaft verstanden. Neben den Dimensionen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Alters, der Religion und der körperlichen und/oder seelischen Hilfsbedürftigkeit gilt die ethnische Herkunft und Nationalität als ein Kernaspekt von Diversität. Laut Art. 4 der Allgemeinen Erklärung der UNESCO zur kulturellen Vielfalt ist die Verteidigung kultureller Vielfalt ein ethischer Imperativ, der untrennbar mit der Achtung der Menschenwürde verknüpft ist. Weiter stellt die UNESCO in Art. 11 der gleichen Erklärung fest, dass sich die Erhaltung und Förderung kultureller Vielfalt als wichtiger Schlüssel zu einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung erweist. Die Förderung von Weltoffenheit ist demnach nicht nur eine mögliche Vorliebe Einzelner, sondern auch eine ge-

WELTOFFENE HOCHSCHULEN GEGEN FREMDEN- FEINDLICHKEIT

sellschaftliche Notwendigkeit für den sozialen Zusammenhalt, die Vitalität der Zivilgesellschaft und den Frieden. Wie wird die HSPV NRW als Hochschule des öffentlichen Dienstes ihrem Auftrag gerecht, Weltoffenheit im Hinblick auf den Aspekt der ethnischen, kulturellen und/oder herkunftsbedingten Vielfalt an der Hochschule zu fördern? Hierzu möchte ich als Vorsitzende der Kommission für Europa und Internationales und im Einklang mit ihren vom Senat bestellten Mitgliedern im Folgenden Stellung nehmen.

Durch anwendungsbezogene Lehre bereitet die HSPV NRW ihre zunehmend diversen Studierenden auf ihre berufliche Tätigkeit in Polizei und Verwaltung vor, sodass sie zu verantwortungsvollem Handeln in einem vielfältigen demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden. Angesichts der Anforderungen in einem zusammenwachsenden Europa, einer zunehmend globalisierten und krisengeschüttelten Welt baut die HSPV NRW dafür auch ihre internationale Ausrichtung kontinuierlich aus. Die Internationalisierung des Studiums auf unterschiedlichen Ebenen wird als Investition in die Zukunft und als Mittel zur Qualitätssteigerung in Lehre und Forschung durch Mobilität und grenzübergreifende Zusammenarbeit angesehen. Darüber hinaus ist es nach dem Gesetz über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst im Lande NRW (FHGöD) unter anderem auch Aufgabe einer Hochschule, die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich und den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen zu fördern. Ebenfalls betonen die Akkreditierungsagenturen in ihren Gutachten zu den Bachelorstudiengängen die Notwendigkeit und Bedeutung der Kooperation von Bildungsträgern in einer europaweiten Hochschullandschaft. Kontinuität und Verlässlichkeit von internationalen Kooperationen erfordern jedoch eine personenunabhängige und institutionalisierte Ausgestaltung sowie angepasste organisatorische Rahmenbedingungen.

Nicht nur angesichts der Anzahl der in NRW und im übrigen Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund und internationaler Geschichte, der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes, sondern auch im Hinblick auf die Persönlichkeitsentwicklung jeder (zukünftigen) Mitarbeiterin/jedes (zukünftigen) Mitarbeiters, ist die Stärkung der Offenheit gegenüber Menschen unterschiedlicher kultureller, ethnischer beziehungsweise nationaler Herkunft eine Schlüsselaufgabe für die Hochschule. Hier kommt den verschiedenen Gremien der Hochschule eine besondere Verantwortung zu, denn sie gestalten das Studium in einem kontinuierlichen Prozess nicht nur strategisch, sondern auch inhaltlich und methodisch aus und entwickeln es weiter.

Für die strategische Ausrichtung hat der Senat der Hochschule die Kommission für Europa und Internationales eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, über Art und Umfang bestehender Initiativen, neuer internationaler Kooperationen sowie über die Beendigung von Kooperationen zu beraten. Dies geschieht gemeinsam mit den beiden Beauftragten für Europa und Internationales des jeweiligen Fachbereichs sowie der Vertreterin des International Office. Über das Ergebnis der Beratungen gibt die Kommission eine Empfehlung an den Senat der HSPV NRW ab. Aktuelle Themen sind zum Beispiel die Frage, ob Hochschulkooperationen nur dann für sinnvoll erachtet werden können, wenn sie sich auf den europäischen Raum und hier insbesondere auf das grenznahe Ausland beziehen oder ob Kooperationen über Europa hinaus für die Förderung von Weltoffenheit innerhalb des Auftrags der HSPV NRW zielführend sind. Ganz konkret hat die Kommission für Europa und Internationales auch über ein Budget zu entscheiden, mit welchem verschiedene internationale Aktivitäten gefördert beziehungsweise unterstützt werden.

Neben der strategischen Ausrichtung ist auch die inhaltliche Orientierung der Studieninhalte im Hinblick auf Europäisierung und Internationalisierung erforderlich. Die schon jetzt sehr umfangreichen Studieninhalte werden in einem komplexen und fortschreitenden Prozess in den Fachbereichsräten PVD und AV/R ständig weiterentwickelt, um die zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes für verantwortungsvolles Handeln in einem vielfältigen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu befähigen.

Den ausführlichen Beitrag zu diesem Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Prof. Dr. Gisela Pauli Caldas

Abteilung Köln, Vorsitzende der Kommission für Europa und Internationales

Veröffentlichungen

Fünf Jahre – zehn Ausgaben

Die Themenheftreihe „Polizei.Wissen“ feiert Jubiläum

Seit 2017 erscheint das Heft mit der blauen Sprechblase auf dem Cover. Es heißt „Polizei.Wissen“ und stellt sich der Aufgabe, unterschiedliche Themen, die in der polizeilichen Aus- und Fortbildung zentral sein können, genauer zu beleuchten. Mit „genauer“ ist hier „von vielerlei Seiten“ gemeint. So kommen in jedem Themenheft polizeiliche Praktikerinnen und Praktiker, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, Forschende, politisch Verantwortliche und/oder Lehrende in der polizeilichen Aus- und

Weiterbildung zu Wort. Das geht nur, wenn sich alle dabei kurzfassen, weswegen die zentrale Vorgabe des Heftes die Zeichenzahl von maximal 10.000 ist. Die Hefte lassen sich so wie eine angeregte Diskussion zu dem Thema lesen, das auf dem Cover steht.

Das erste Heft zum Thema interkulturelle Kompetenz wurde 2017 vom Institut für Polizei- und Kriminalforschung (IPK) gefördert. Weitere Themen, die danach behandelt wurden, waren politische Bildung, der Tod, Ethik, Autorität, Diversität, Open Source Intelligence, Sozialwissenschaften und die Frage, wie die Polizei der sich selbst gestellten Anforderung gerecht werden kann, „vor die Lage“ zu kommen. Jedes Heft hatte dabei eine Redaktion, die sich mit dem Thema auskennt und Autorinnen und Autoren für eine Beteiligung gewinnen konnte, die ihre jeweilige Perspektive auf das Thema präzise und gut verständlich darlegen. Insgesamt haben mittlerweile zwölf verschiedene Redakteurinnen und Redakteure ein Heft betreut. Das aktuelle Heft wird beispielsweise von Martin Klein und mir betreut und beschäftigt sich mit der Zukunft der Polizei.

Und auch an die Zukunft des Heftes selbst ist mittelfristig gedacht. Bis 2024 sind Themen angemeldet, Redakteurinnen und Redakteure stehen in den Startlöchern, um neue Hefte zu gestalten, Reflexionen auszulösen und neue Debatten zu entfachen. Dass dies möglich ist, liegt zum einen an einer Partnerschaft mit dem Verlag für Polizeiwissenschaft, die man schon fast unverbrüchlich nennen kann – diese Partnerschaft ist eine sichere Bank für die Herausgabe und den Verkauf der Hefte. Zum anderen ist 2022 mit Prof. Dr. Stefan Jarolimek von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) ein wahrer Fachmann für Polizei und Kommunikation Mitherausgeber des Heftes geworden.

Damit hat das Heft die Garagenphase seiner Entstehung hinter sich gelassen. Ob es zu Ergebnissen anderer Garagenbastelei-



Die Heftreihe „Polizei.Wissen“ erscheint seit 2017 im Verlag für Polizeiwissenschaft (© HSPV NRW)

en à Microsoft wird Anschluss halten können, ist wohl fraglich, aber immerhin gibt es die Heftreihe jetzt schon so lange, dass sie aus dem Gröbsten raus ist. Das Projekt, eine Zeitschrift herauszugeben, die sich mit Themen polizeilicher Bildung beschäftigt, dürfte nach fünf Jahren und zehn Ausgaben also zuerst einmal als geglückt angesehen werden.

Weitergehende Informationen zu der Heftreihe „Polizei.Wissen – Themenhefte polizeilicher Bildung“ finden Sie [hier](#).

Prof. Dr. Jonas Grutzpalk
Abteilung Bielefeld

Gastbeitrag

Behörden Spiegel

Peter Schlanstein, Lehrender an der Abteilung Münster der HSPV NRW, hat einen Gastbeitrag zum Thema „Datenschutz versus Verbraucherschutz: Probleme bei der polizeilichen Verkehrsunfallaufnahme“ für die November-Ausgabe des Behörden Spiegels verfasst.

Den Artikel können Sie in der [aktuellen Ausgabe](#) (Seite 22) nachlesen.

Pressestelle
Zentralverwaltung

Begleiten – Beraten – Beistehen

Polizeiseelsorge in Nordrhein-Westfalen

Vor 60 Jahren haben die evangelischen Landeskirchen, die katholischen (Erz-)Bistümer und das Land Nordrhein-Westfalen verbindliche Vereinbarungen über die Polizeiseelsorge geschlossen. Anlässlich dieses Jubiläums hat die Polizeiseelsorge NRW ein neues Buch veröffentlicht.

22 Autorinnen und Autoren, darunter zahlreiche Lehrende der HSPV NRW, geben anhand von 26 Artikeln einen aktuellen Einblick in die Arbeit der Polizeiseelsorge in Nordrhein-Westfalen. Neben Hintergründen und Arbeitsbereichen werden auch persönliche Erfahrungen sowie grundsätzliche Überlegungen zur Polizeiseelsorge vorgestellt.

Weitere [Informationen zur Publikation](#) finden Sie auf der Website des Verlags für Polizeiwissenschaft.

Ausführliche Informationen zum Thema finden Sie zudem auf der [Website der Polizeiseelsorge NRW](#) sowie auf der [Website des Bistums Essen](#).

Pressestelle

Zentralverwaltung



Die Publikation ist vor Kurzem im Verlag für Polizeiwissenschaft erschienen
(© Nicole Cronauge / Bistum Essen)

„Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.“

Mahatma Gandhi (indischer Rechtsanwalt, Publizist, Morallehrer, Asket und Pazifist)

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

Redaktion Sandra Warnecke
Heike Lücking (V. i. S. d. P.)

Fotos HSPV NRW, PR-Fotografie Köhring, Katarina Karan, DVR, T. Weiler/D. Böhme, UNESCO, Nicole Cronauge / Bistum Essen, www.hrk.de

Satz Isabel Hötte

